

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



Nach der Wahl: Wachsam bleiben!

Daran gibt es nichts zu rütteln: Das Wahlergebnis vom 24. November 2002 war für uns Sozialdemokraten enttäuschend. Dennoch war es keineswegs eine Niederlage. Die SPÖ hat mit 36,51 Prozent ihren Anteil an Wählerstimmen gegenüber 1999 (nach dem offiziellen Endergebnis mit Wahlkarten) um 3,36 Prozentpunkte erhöht. Zwar hat die ÖVP infolge des Chaos in der Haider-Partei deren bisherige Stimmen zum Großteil für sich gewinnen können, gleichzeitig aber wurde Schwarz-Blau insgesamt geschwächt.

Im Nationalrat erzielte die bisherige Koalition um 7 Mandate weniger, ihr Überhang ging damit von 104 gegenüber 79 auf 97 gegenüber 86 zurück. Von rechts nach links wanderten mehr Wähler ab als in umgekehrter Richtung, sodass als Saldo den beiden rechten Parteien rund 124.000 Wähler abgeworben werden konnten.

Zum ersten Mal seit 1979 konnten die Sozialdemokraten bei dieser Parlamentswahl wieder in Prozenten zulegen; allerdings hat unsere Partei -- das ist der bitterste Wermutstropfen dieser Wahl -- erstmals seit 1970 ihre Spitzenposition in der Stimmenverteilung an die ÖVP abgeben müssen, eine

Folge der Massenabwanderung enttäuschter FPÖ-Wähler zu Schüssel.

Durch diese Zahlen sollten wir uns aber nicht über ein ganz wichtiges Ergebnis des 24. November hinwegtäuschen lassen: Die Partei des Rechtspopulisten Jörg Haider, dessen nicht nur von Österreichs Antifaschisten, sondern von ganz Europa mit Beklemmung registrierter Aufstieg seit seiner „Machtübernahme“ im Jahr 1986 unaufhaltsam schien, hat ein Debakel erlitten, von dem sie sich kaum wieder erholen wird. Und es gilt dabei sogleich einer Legendenbildung zuvorzukommen: Das war nicht das Verdienst Schüssels, der sich vor knapp drei Jahren nicht gescheut hat, die Haider-Partei um den Preis des Kanzlersessels regierungsfähig zu machen. Dieses demokratiepolitisch so bedenkliche Wagnis hätte auch ganz anders ausgehen können, wenn der Egozentriker an der Spitze der FPÖ nicht selbst die Minen gelegt hätte, die die Koalition vorzeitig zum Einsturz brachten.

Dafür aber war ein Hauptgrund, dass die Sozialdemokraten in permanenter Kritik darauf hinweisen konnten, in welchem Ausmaß Haider seine Wählerschaft belogen hat und gerade den von ihm stets beschworenen „kleinen Mann“ schwer

belastete. Kamen doch schon lange vor dem Knittelfelder „Putsch“, wie bereits deutlich die Wiener Gemeinderatswahl zeigte, die Wähler kontinuierlich abhandeln. So unwirksam waren also die Attacken der sozialdemokratischen Opposition, war das Gegenprogramm Gusenbauers keineswegs. Beim Versuch, dem Wählerschwund mit einer Kehrtwendung entgegenzutreten, steckte der geübte Zünder Haider sein eigenes Haus in Brand.

Das Debakel der FPÖ aber erlaubt keineswegs, die Wachsamkeit ihr gegenüber zu vernachlässigen. Gerade jene, die sich in Knittelfeld als „harter Kern“ durchsetzen, wie neben Haider, der dem Massenmörder Saddam Hussein die Hand schüttelt, der leider unabsetzbare Volksanwalt Ewald Stadler, für den die Naziherrschaft eine „angebliche“ Tyrannei und die Besetzung mit ihr gleichzusetzen ist, sind die Vertreter eines Gedankenguts, mit dem nicht nur die Freiheitskämpfer gegen den Faschismus und dessen Opfer keine Kompromisse dulden wollen. Schlimm genug war, dass viele Wähler in den vergangenen Jahren der FPÖ ihre Stimme gaben trotz der zweideutig-eindeutigen Äußerungen so mancher ihrer Führer. Jetzt aber haben dort gerade jene das

Sagen, die zu Haider nicht trotz, sondern viel eher wegen dieser Haltung stehen. Das macht die immer wieder von Schüssel geäußerte Ansicht, für ihn gebe es drei Optionen für eine weitere Regierungsarbeit, so fragwürdig.

Von der SPÖ kann er trotzdem nicht erwarten, dass sie als Preis für eine große Koalition ihre Grundhaltung sozialer Fairness, die allen Menschen dieses Landes faire Chancen sichert, und ihre Forderungen nach Beendigung der ärgsten Bedrängnisse, die gerade die ärmeren Schichten so treffen, preisgibt. Wenn die ÖVP-Führung glaubt, ihre Politik allein mit der Chaos-Partei fortsetzen zu müssen, was nur dazu führen würde, dass sie selber noch weiter nach rechts rückt, so darf sie sicher sein, dass sich dafür kein zweites Mal eine Wählermehrheit finden wird. Dafür wird eine ihren Werten verpflichtete sozialdemokratische Opposition sorgen.

Manfred Scheuch

**Die besten Wünsche
für das
NEUE JAHR 2003
allen unseren
Mitgliedern, Mitarbeitern,
Freunden und Lesern!**

Robert Danneberg 1885–1942

Ein Leben für Frieden, Freiheit und Recht

Wer sich mit der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung und mit der politischen Entwicklung der Ersten Republik beschäftigt, wird immer wieder auf den Namen Robert Danneberg stoßen.

Aktueller Anlass, seiner zu gedenken, ist die Ermordung Dannebergs im KZ Auschwitz am 12. Dezember 1942, nach unsäglichen Qualen in den Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald.

Über die Verdienste Robert Dannebergs im Interesse der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung haben bereits Leo Kane, Josef Hindels und Erich Fein ausführlich berichtet.

Robert Danneberg, 1885 in Wien geboren, schloss sich bald nach dem Jusstudium der sozialdemokratischen Bewegung an. Zweiundzwanzig Jahre alt, wirkte er bereits 1907 als Sekretär der Sozialistischen Jugendinternationale, zwischen 1910 und 1914 gehörte er dem Vorstand des „Verbandes der jugendlichen Arbeiter Österreichs“ an. Ab 1908 leitete er den Unterrichtsausschuss der Wiener Sozialdemokraten, die spätere SPÖ-Bildungszentrale. 1914 brach der Erste Weltkrieg aus, Robert Danneberg zählte zu den Linken in der Partei, die mahnend ihre Stimme gegen den Krieg erhoben.

Nach dem Tode Victor Adlers am 11. November 1918, in der jungen Republik, traten Karl Seitz, Otto Bauer, Karl Renner, Julius Deutsch, Paul Richter und Robert Danneberg an die Spitze der Partei. Friedrich Adler, nach dem Zusammenbruch aus der Haft entlassen, wurde Vorsitzender des neu geschaffenen Arbeiterrates.

Nach den Wahlen, am 16. Feb-

ruar 1919, wurde Robert Danneberg Parlamentsabgeordneter und Parteisekretär. Am 1. Oktober 1920 nahm die Nationalversammlung die neue Verfassung der Republik Österreich an. Robert Danneberg war Jahrzehnte hindurch für die Sozialdemokratische Partei in verschiedenen Funktionen tätig. Er war Gemeinderat, Stadtrat, Schöpfer einer neuen Gemeindeverfassung und zwischen 1919 und 1934 Abgeordneter zum Nationalrat. Er war ein kluger, umsichtiger Verhandler und Vermittler, stets fair im Umgang mit dem politischen Gegner. Robert Dannebergs größte politische Leistung war die Abwehr der Angriffe auf die Bundesverfassung 1920 in den Jahren 1928 und 1929. Nach dem 15. Juli 1927, den Ereignissen von Schattendorf, verlangten die Führer der Heimwehr von dem amtierenden Bundeskanzler Schober (im Juli 1927 Polizeipräsident von Wien) eine Verfassungsreform im faschistischen Sinne ohne Verhandlung mit der Sozialdemokratischen Partei. Bundeskanzler Schober entschied jedoch anders. Es kam zu Verhandlungen mit der Sozialdemokratischen Partei. Als ihren Vertreter nominierte die Partei Robert Danneberg. Das Ergebnis war ein Kompromiss, der die Zustimmung der Partei fand.

Die Verfassungsreform wurde Anfang Dezember 1929 gegen die Stimmen der Heimwehr Gesetz. Von nun an wird der Bundespräsident vom Volk in freier Wahl gewählt. Er erhielt auch das Recht, die Regierung zu ernennen und das Parlament aufzulösen.

Nach dem 12. Februar 1934 wurden führende Parteifunktionäre verhaftet, darunter auch Robert Danneberg. Er kam ins

Wiener Landesgericht. Insgesamt verbrachte er acht Monate im Gefängnis. Nach seiner Entlassung kam es zu häufigen Zusammenkünften mit alten Freunden, bei denen die politische Lage besprochen wurde. Am 11. März 1938, nach dem Einmarsch der Hitler-Truppen, drängten seine Freunde, dass er Wien sofort verlassen sollte. Er zögerte und es vergingen kostbare Stunden. Als er sich endlich mit einem Reisepass, den ihm Otto Bauer zu kommen ließ, zur Flucht entschloss und den letzten Zug in Richtung Lundenburg nahm, wurde er an der Grenze von den tschechischen Behörden nicht mehr eingelassen, sondern nach Wien zurückgeschickt. Er geriet in die Hände der Gestapo.

Am 1. April 1938 wurde er mit dem so genannten „Prominenten-Transport“ in das KZ Dachau gebracht. Unter den 151 gefangenen Gestapohäftlingen befanden sich Linksozialisten, Freie Gewerkschafter, Kommunisten und NS-Gegner. Franz Olah und Alexander Eifler waren auch dabei. Aus dem bürgerlich-christlichen Lager waren Leopold Figl, Viktor Matejka, Josef Reiter und andere darunter.

Im September 1938 wurde Robert Danneberg mit zahlreichen Leidensgenossen zum „Aufbau“ des KZs Buchenwald abkommandiert. Im Oktober 1942 kam er in das Vernichtungslager Auschwitz.

Die Massentötung von Regimegegnern, von Juden und Zigeunern begann. Unter den Ermordeten waren auch zahlreiche Widerstandskämpfer aus Österreich.

An drei Opfer – vergast am 29. August 1942 – wollen wir erinnern: an Josef Nagl, Franz Riegler und Alois Sindl. Ihren



Robert Danneberg

Angehörigen wurde mitgeteilt, dass sie im „hiesigen Krankenhaus“ verstorben seien. Nach der Erinnerung von Leidensgenossen starb Robert Danneberg am 12. Dezember 1942.

Nach 1945 ehrte man posthum den Ermordeten. Unter anderem erinnert eine Tafel, angebracht am Parlamentsgebäude, an Robert Danneberg und an andere Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung. Auch eine Gedenktafel vor dem Eingang zum Gemeinderatssitzungssaal im Wiener Rathaus erinnert an Robert Danneberg.

Im Arenbergpark, 3. Gemeindebezirk, wurde ein Gedenkstein für Danneberg geschaffen, der ebenfalls Robert Danneberg ehrt. Er wurde von der SPÖ Wien und der SPÖ Landstraße gewidmet. Es gibt im dritten Wiener Gemeindebezirk auch einen Platz, der nach Robert Danneberg benannt ist. Ein Ehrengrab im Urnenhain des Wiener Krematoriums erinnert an Hugo Breitner, Robert Danneberg (symbolisch eine leere Urne) und an Julius Tandler. Robert Danneberg hat sich diese Ehrungen verdient. In den Herzen und Hirnen aufrechter Sozialisten wird Robert Danneberg niemals vergessen werden.

*Franz Danimann und
Alfred Ströer*

Die Hinrichtungen auf dem Militärschießplatz Kagran

Am 31. Oktober fand beim Gedenkstein im Wiener Donaupark (auf dem Gelände des früheren Militärschießplatzes Kagran) eine Gedenkveranstaltung für die Opfer der NS-Militärjustiz statt. Dieser Tage erscheint eine vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes herausgegebene Publikation über die Erschießungen auf jenem Platz. Der Gedenkstein im Donaupark wurde vom Land Wien und vom Bundesministerium für Landesverteidigung gestiftet und bereits 1984 enthüllt.

Die Forschungen, die die Publikation ermöglichten, wurden vor allem von DÖW-Mitarbeiter Herbert Exenberger initiiert und vorangetrieben. Bei der Gedenkveranstaltung des Personenkomitees „Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“ gab Exenberger einen Überblick über diese nun abgeschlossenen Arbeiten.

Die ersten Hinweise über Exekutionen in Kagran erschienen nach der Befreiung vom Faschismus im Oktober 1945 in der österreichischen Presse, im Zusammenhang mit dem Gedenken an die dort erschossenen Wiener Feuerwehrleute und Widerstandskämpfer Hermann Plackholm und Johann Zak. Über die Erschießungen von Soldaten auf dem Militärschießplatz gab es erstmals im Jänner 1946 Angaben, und zwar

in dem von der Bundesregierung herausgegebenen „Rot-Weiß-Rot-Buch“.

Die Zeitangaben, wann die Schießstätte als Hinrichtungsort diente, sind in den verschiedenen Quellen unterschiedlich. Auch war es nicht immer so, dass, wie berichtet wird, die Gerichtsverhandlungen meist gegen Abend stattfanden und die Todesurteile am nächsten Morgen vollstreckt wurden. So etwa fand die öffentliche Sitzung des Feldgerichtes der Division Nr. 177 gegen zwölf wegen Wehrkraftzersetzung durch Selbstverstümmelung angeklagte Soldaten und Zivilisten am 26. Oktober 1944 statt. Die dabei zum Tode Verurteilten, Karl Lauterbach, Erwin Leitzinger, Adolf Sedry und elf weitere Personen, erschoss ein Exekutionskommando, bestehend aus 7 Offizieren und 70 Soldaten, erst am 7. Februar 1945.

Die Erschießungen fanden menschenverachtend in so genannten „zwei Partien“ statt, vor als Zuschauer abkommandierten Soldaten aus fünf Einheiten und fanatischen Nationalsozialisten – wie etwa Kriminaloberassistent Reinhold Fitzner, der bereits 1931 dem SS-Motorsturm 3/42 beigetreten war und sich an der Ermordung von Geiseln und Partisanen in Slowenien beteiligt hatte, oder dem NSDAP-Kreisleiter von Floridsdorf, Karl Belkhofer, dem eine führen-

de Beteiligung am Novemberpogrom 1938 vorgeworfen wurde. Vor ihrer Erschießung bekundeten die jungen Männer noch ihren Widerstandswillen mit Rufen „Es lebe Österreich, es lebe die Freiheit, es lebe Christus, es lebe die Revolution!“ (Otto Molden in seinem Buch „Der Ruf des Gewissens. Der österreichische Freiheitskampf 1938–1945“).

Nach den Forschungen des DÖW fanden von 1940 an bis zum April 1945 Erschießungen auf dem Militärschießplatz Kagran statt. Es konnten bisher 129 Opfer eruiert werden. Allerdings erfolgte die Hinrichtung verurteilter Wehrmachtangehöriger auch durch das Schafott im Wiener Landesgericht. Auf ausdrücklichen Befehl erfolgte die Hinrichtung von drei Soldaten am 16. Juni 1944 im Landesgericht Wien durch Erhängen.

Namens des DÖW dankte Exenberger dem Personenkomitee „Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“ für ihr Anliegen um Gerechtigkeit für die wenigen noch Überlebenden der NS-Militärjustiz und erinnerte daran, dass das Komitee darin nicht allein steht, haben doch die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer an den österreichischen Nationalrat appelliert, die wegen Desertion erfolgten Unrechtsurteile – wie dies in Deutschland bereits geschehen ist – aufzuheben. ■



Die Gedenktafel für die Opfer der Militärjustiz im Wiener Donaupark

Problem Armut

Im Historischen Museum der Stadt Wien läuft bis 2. Februar 2003 eine Ausstellung, die einem auch in wohlhabenden Gesellschaften brennenden Problem gewidmet ist: der Armut. Diese wächst nicht nur in globalem Ausmaß bedrohlich an, auch bei uns geht im Trend zur „Zweidrittelgesellschaft“ die Zahl derer, die unter der Armutsgrenze leben, in die Hunderttausende. Die Ausstellung zeigt in Bildern und Dokumenten aus Vergangenheit und Gegenwart, unter welchen Bedingungen Arme lebten und leben und welche Auswirkungen dieses Problem insbesondere in Zeiten hat, in denen sich die Staatsverantwortlichen nicht um die Beseitigung der Armut bemühen.

1. November: Gedenken an die Opfer

Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hielt wie in den vergangenen Jahren auch heuer wieder seine zentrale Gedenkumgebung am 1. November auf dem Wiener Zentralfriedhof ab. Am Gedenkmarsch nahmen der *Bundesparteivorsitzende Dr. Alfred Gusenbauer*, die *Stadträtin Dr. Elisabeth Pittermann*, *Stadtrat Dipl.-Ing. Rudolf Schicker* und zahlreiche Abgeordnete zum Nationalrat, Gemeinderäte, Bezirksvorsteher sowie eine Reihe von ehemaligen SPÖ-Mandataren teil. Besonders hervorzuheben ist die starke Beteiligung der Jugend, insbesondere der SJ, der Wiener Bildungsorganisation, vor allem der Wiener Parteischule, sowie der Mitarbeiter und Mitglieder aus den Wiener Bezirken.

Beim Mahnmal der Stadt Wien für die Opfer des Faschismus 1934–1945 gedachte *Bundesvorsitzender Prof. Alfred Ströer* der Opfer des Februarkampfes und des Widerstandes gegen den Hitlerfaschismus sowie des Rassenwahns der Nationalsozialisten. Besonders erwähnte er den im Dezember 1942, also vor 60 Jahren, von den Nazis ermordeten führenden sozialdemokratischen Politiker der Ersten Republik Dr. Robert Danneberg. Ströer wies darauf hin, dass die Opferverbände durch ihre Zeitzeugen heute neue Aufgaben in der Aufklärung über die NS-Zeit, aber auch in der Betreuung der überlebenden Opfer im Zusammenhang mit den Entschädigungsgesetzen übernommen haben. Ihre Arbeit ist unverzichtbar und sollte auch von der Öffentlichkeit anerkannt werden. In seiner Gedenkrede erinnerte *Alfred*

Gusenbauer daran, dass es auch heuer wieder „Versuche des historischen Revisionismus“ gegeben habe. Die Aussagen des FPÖ-Volksanwalts Ewald Stadler, der die Zeit vor 1945 mit der Zeit danach gleichgesetzt hatte, seien „unsäglich“. Noch immer gebe es Menschen, die der Ansicht seien, dass die Zeit vor 1945 ihren Werten mehr entspreche. Das bedeutet: Diese Menschen haben kein gutes Verhältnis zur Demokratie. Deshalb sind Diskussionen darüber nicht ausschließlich historische Debatten, sondern wichtig für die Zukunft.

Die Leiden der Freiheitskämpfer von 1934 an und all jener, die in Konzentrationslagern ermordet wurden, sind unvorstellbar, sagte *Gusenbauer*. „Ich selbst bin in einem Österreich groß geworden, das diese Leiden überwunden hat, in einem sozialistischen Österreich, das historisches Verständnis entwickelt und auch

weiterhin seine Lehren daraus zu ziehen hat“. Wenn der blaue Justizminister es für eine gute Idee hält, Oppositionelle einzusperren, sei dies ein direktes Anknüpfen an Vorstellungen von 1934. „Auch wenn sie heute nicht in Uniformen und Stiefeln auftreten, sondern in Designeranzügen – in ihren Köpfen hat sich nichts geändert!“

Der Gedenkmarsch führte diesmal auch zur Gruppe 40 des Zentralfriedhofes, wo am 28. April 2002 die Gehirne der ermordeten Kinder vom Spiegelgrund in einer ergreifenden Trauerfeier bestattet worden sind. Diese Präparate wurden seit der NS-Zeit für „Forschungszwecke“ auf der Baumgartner Höhe gelagert. Nunmehr wurde ein eindrucksvolles Mahnmal, auf dem auch die Namen der ermordeten Kinder eingemeißelt sind, errichtet. *Stadträtin Pittermann* sagte in ihrer Rede, damit sei eine lange hinausgeschobene Verpflichtung der

Gesellschaft erfüllt, diesen Kinderopfern der NS-Euthanasie eine würdige Erinnerungsstätte zu widmen. Die Rednerin wandte sich allgemein gegen den leichtfertigen Umgang mit der Unantastbarkeit des menschlichen Lebens, auch in den Formen einer modern und human scheinenden „Sterbehilfe“.

Der Vorsitzende des Landesverbandes Wien, Ing. Ernst Nedwed, wies darauf hin, dass in der Gruppe 40 an die tausend von den NS-Volksgesichtshöfen zum Tode verurteilt und unter dem Schafott ermordete Frauen und Männer des Widerstandes bestattet sind. Unter ihnen befinden sich auch jene Wehrmachtsangehörige, die von der Militärjustiz verurteilt und auf dem Kagraner Schießplatz exekutiert wurden. Die Angehörigen all dieser NS-Opfer mussten in den letzten Jahren darum kämpfen, dass die Gedenkstätte vom dafür zuständigen Innenministerium gärtnerisch erneuert und besser



Gedenken beim Ehrengrab von Rosa Jochmann



Beim Mahnmal für die Kinder vom Spiegelgrund: Gusenbauer, Musik, Ströer, Pittermann

betreut wird. Für ein von den Sozialdemokratischen Freiheitskämpfern vorgeschlagenes, der Größe des NS-Verbrechens entsprechendes Mahnmal hat Bürgermeister Dr. Michael Häupl seine Unterstützung zugesagt. Bei den Mahn-

malen für die Februarkämpfer und für die im Kampf gegen den Franco-Faschismus gefallenen Österreicher in den Internationalen Brigaden hielt der Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Wien, Ludwig Dvorak, die Gedenkrede. Er sagte, dass

das Vermächtnis dieser Kämpfer für Demokratie und Sozialismus eine Verpflichtung für die Jugend von heute sei, den sozialistischen Grundsätzen treu zu bleiben und den Kampf gegen Kapitalismus, Krieg und Faschismus weiterzuführen. ■

und Volksbildner. Erwähnenswert sind die Kantaten für „Alle, die starben ...“, „Weihnachtskantate“ (Text von Gerhard Fritsch), „An das Buch“ (Text Alexander Giese) und noch viele andere Chorlieder und Stücke weisen auf die kompositorische Tätigkeit des Jubilars hin. Hauptberuflich war Erwin Weiss am Konservatorium der Stadt Wien von 1945 bis 1960 als Musiklehrer und von 1960 bis 1978 als Direktor tätig. Sein Wirken wurde durch die Verleihung zahlreicher Auszeichnungen gewürdigt. 1952 erhielt er den Förderungspreis der Stadt Wien. 1961 wurde ihm der Titel Professor verliehen. 1974 erhielt er das Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst und 1993 wurde er mit dem Goldenen Verdienstzeichen der Republik Österreich ausgezeichnet.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund ehrte Prof. Erwin Weiss mit der höchsten Auszeichnung des ÖGB, mit der „Johann-Böhm-Plakette“ und dem „Luitpold-Stern-Preis“.

An der eingangs erwähnten Feier nahmen für den ÖGB Mag. Franz-Josef Lackinger, für die SPÖ Vizebürgermeister a. D. Hubert Pfoch und für den Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus Alfred Ströer teil, der mit Erwin Weiss viele Jahre sehr eng zusammenarbeitete. Die Redner würdigten sein Wirken für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und dankten ihm für seine Leistungen und seine Freundschaft. Engere Freunde aus dem Chor, Kambersänger Georg Tichy, Prof. Josef Böck und Walter Benn, der die Laudatio hielt, trugen zur Feier bei.

Erwin Weiss dankte in einer kurzen Rede für die ihm zuteil gewordenen Ehrungen und dirigierte das Lied „Solidarität“, das von den Teilnehmern an der Feier gesungen wurde. ■

Erwin Weiss – einer von uns

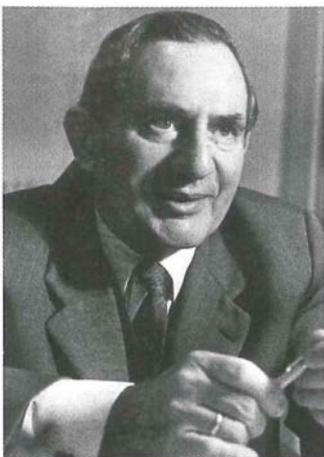


Foto: Freiheitskämpfer

Erwin Weiss

Professor Erwin Weiss ist 90 Jahre alt geworden. Seine Freunde von der Sozialdemokratischen Partei und vom ÖGB bereiteten dem Jubilar eine

schöne und eindrucksvolle Geburtstagfeier.

Erwin Weiss studierte nach der Pflichtschule an der Staatsakademie die Fächer Klavier, Theorie und Dirigieren. Bereits 1932 leitete er einen Kammerchor und später den Arbeitersängerbund Favoriten. 1934 absolvierte er die Klavierreifeprüfung, 1937 die Kapellmeisterreifeprüfung.

Erwin Weiss musste 1938, nach dem Einmarsch der Hitlertruppen, Österreich verlassen. Er kam nach Großbritannien, wo er auf der Isle of Man mit zahlreichen Emigranten aus Österreich interniert war. Schon im Internierungslager wirkte er – wie konnte es anders sein – als Chorleiter und Komponist.

Nach der Internierung widmete er sich auch dem Komponieren.

Als er 1945 nach Wien zurückkehrte, gründete er einen über hundert Mitglieder zählenden Jugendchor, bestehend aus Mitgliedern der SJ. 1951 wurde er Leiter des Chores der Gewerkschaftsjugend. Prof. Erwin Weiss leitete den Jugendchor, der sich später Chorvereinigung des ÖGB nannte, mehr als vier Jahrzehnte. Während dieser Zeit gab es zahlreiche erfolgreiche Auftritte des Chores im In- und Ausland.

Im Mittelpunkt stand bei Erwin Weiss immer die Pflege des Arbeiterliedes. In seinen eigenen Kompositionen findet man Texte von Luitpold Stern, dem großen Arbeiterdichter

Dachau bleibt Mahnung!

Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer NÖ zeigten bei einer Gedenkfahrt mit zwei voll besetzten Autobussen nach Dachau ihre Verbundenheit mit den Opfern des Naziregimes. Beim Gedenkstein der KZ-Märtyrer wurde ein Kranz mit dem Vermächtnis „Niemals vergessen – nie wieder Nazifaschismus“ niedergelegt.

Ing. Josef Wicher aus Schwwechat, Landesvorsitzender der JG NÖ, GR Robert Laimer, GR Mag. Gudrun Gruber, GR Harald Ludwig, StR a. D. Egon Meyer und NR Anton Heinzl waren an der Spitze dieser starken politischen Demonstration erschienen. LAbg. a. D. Karl Gruber, Vorsitzender des Landesverbandes NÖ, sprach beim Denkmal ergreifende Worte für den Sinn der Freiheitsideale und den Wert der Demokratie im Gegensatz zur Furie der Diktatur. Imperialismus, Kapitalismus und Nazifaschismus sind noch immer eine Gefährdung unserer Gesellschaft. Gerade deshalb ist die JG aufgerufen mitzuwirken, dass die Niedertracht einer Diktatur, egal in

welcher Form und Farbe sie sich darstellt, sich niemals wieder durchsetzen kann. Imperialismus und Faschismus erzeugen Hass und Krieg. Das größte Gut, das wir jetzt in Europa besitzen, ist und bleibt die Demokratie. Viele Tausende aufrechte politische Gegner des Hitlerfaschismus wurden im KZ Dachau ausgebeutet, gedemütigt, erniedrigt, geschunden und oftmals grausam durch Nazi-Schergen getötet. Karl Gruber sprach den Teilnehmern der Kundgebung für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität aus der Seele. Er hob die Bedeutung der Aufklärung der antifaschistischen Erziehung unserer Jugend hervor.

In der evangelischen Versöhnungskirche hat anschließend Prof. Landauer, aus Oberwaltersdorf (NÖ) stammend, für die Spanienkämpfer das geplante Lexikon vorgestellt, das im Jänner 2003 erscheinen wird. Der Leidensweg der Roten Brigaden im Kampf gegen die Franco-Faschisten wird in Erinnerung gerufen.

Endstation vieler Freiheitskämpfer, die den Krieg in Spa-

nien 1936 überlebt haben, war später 1940 das KZ Dachau. Zeitzeugen sind deshalb ein ganz wichtiger Beweis, der Gegenwart zu vermitteln, welchen physischen Einsatzes und Glücks es bedurft hat, die Hölle der Grausamkeiten der Nazi-

Konzentrationslager zu überleben. Nur dann, wenn ein Volk die Demokratie durch eine Diktatur ersetzt, können solche menschliche Tragödien entstehen. Niemals wieder soll so ein Unglück über die Menschen in Europa hereinbrechen. ■

Vor 70 Jahren: Naziüberfall in Simmering

Am 16. Oktober 2002 erinnerten die SPÖ Simmering und der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer im Rahmen einer Gedenkstunde an den Überfall nationalsozialistischer Sturmtruppen, SA und SS, auf das Parteiheim der SDAP Simmering. Dieser Überfall am 16. Oktober 1932 kostete vier Menschenleben.

Wie kam es dazu? Im Jahre 1932, in dem man über vierhunderttausend Arbeitslose zählte, erreichten bei der Landtagswahl die Nationalsozialisten 15 von 100 Mandaten im Wiener Landtag. Durch diesen Wahlsieg ermuntert, verübten sie Attentate und provozierten ihre politischen Gegner, vor allem die Sozialdemokraten.

Ihr besonderer Hass galt den Organisationen der SDAP in den Arbeiterbezirken. Dazu gehörte auch der Arbeiterbezirk Simmering. In diesem Bezirk erreichten bei den erwähnten Wahlen die Sozialdemokraten 67,0 Prozent der Stimmen und die NSDAP 7,3 Prozent. Am 16. Oktober 1932 starteten die Nazis nach einem „Bezirkstag“, der im Simmeringer Brauhaus abgehalten wurde, zu einem Marsch zum Parteiheim der SPÖ in der Drischützgasse.

Nach einer Schießerei zwischen Schutzbündlern, die sich im Haus befanden, und den Nazis gab es – wie schon erwähnt – vier Tote. Obwohl mit einem Überfall der Nazis gerechnet wurde, stellten die Sicherheitsbehörden nur drei Polizisten zur Sicherung der Ruhe und Ordnung ab. Einer da-



Inspektor Karl Tlasek

von, der Rayonsinsp. Karl Tlasek, wurde von einer Kugel eines Demonstranten tödlich getroffen.

Nach Beendigung der Gefechte erfolgte eine Hausdurchsuchung im Arbeiterheim, um die Waffen der hiesigen Schutzbundeneinheit zu sichern. Dabei kam es zu schweren körperlichen Misshandlungen von Schutzbündlern sowie zu schweren Verwüstungen der Räumlichkeiten des Arbeiterheimes durch die Organe der Polizei. 16 Simmeringer Schutzbündler wurden angeklagt, 5 von ihnen zu mehreren Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Landtagspräsident Johann Hatzl, Abg. z. NR Christine Lapp und Alfred Ströer schilderten in Ansprachen den Ablauf dieses verhängnisvollen Tages und mahnten die Zuhörer, alles zu tun, um solche Vorkommnisse in aller Zukunft zu verhindern.

Dem Überfall auf das Arbeiterheim Simmering folgten viel schlimmere Taten der Nazis, die wir nicht vergessen sollten.

Alfred Ströer



Beim Gedenkstein für die Toten im KZ Dachau legte die Delegation der NÖ Freiheitskämpfer einen Kranz nieder

Landesverband Wien auf Gedenkfahrt in Kärnten und Slowenien

An der jährlich am 26. Oktober auf dem Klagenfurter Friedhof Annabichl stattfindenden Gedenkfeier für die Opfer für ein freies Österreich nahm in diesem Jahr der Landesverband Wien mit einer großen Delegation teil. Diese Gedenkstunde wird vom Verein „Memorial Kärnten – Koroška“, dessen Vorsitzender der geschfd. Vorsitzende des Landesverbandes Kärnten, Prof. Vinzenz Jobst, ist, feierlich gestaltet. Die Gedenksprachen wurden diesmal von Repräsentanten der Opferverbände, von SPÖ-LAbg. Dr. Peter Kaiser und vom Kärntner Prosaisten, Dichter und Dramatiker, Prof. Janko Messner, gehalten. Für die musikalische Umrahmung sorgte das ACIES-Quartett des Landeskonservatoriums sowie Zenski zbor „5+3“. Paul Celans „Todesfuge“ trug Helmut Unterluggauer vor.

Nach der Gedenkkundgebung führte die Reise zur KZ-

Außenstelle Loiblpass, wo auf der slowenischen Seite des Passes ein Treffen mit dem Zeitzeugen Janko Tischler stattfand. Nach der Besichtigung des kleinen Museums und einer Kranzniederlegung wurde die Fahrt zum Gestapo-Gefängnis Begunje fortgesetzt. Die dort ausgestellten Exponate geben Zeugnis von den immer wieder unfassbaren Taten des Naziregimes.

Der nächste Tag war dem Besuch des Partisanen-Museums „Persmanhof“ gewidmet, wo die Reisegruppe von Obmann Petar Kuchar erwartet wurde. Im Herbst 1934, nach dem Sieg der Heimwehr über den Februar-Aufstand der österreichischen Arbeiter, waren die Eltern Petar Kuchars mit ihren Kindern nach Leppen bei Eisenkappel auf den Persmanhof gezogen. Während des Zweiten Weltkrieges diente das Anwesen den Kärntner Partisanen als Stützpunkt für ihre konspirative Tätigkeit. Kurz vor dem Zusammenbruch des



Foto: Freiheitskämpfer

Die Delegation der Wiener Freiheitskämpfer beim Mahnmal auf dem Friedhof Klagenfurt-Annabichl

„1.000-jährigen Reiches“ wurde die Mutter Petar Kuchars, Helene Kuchar, von der Gestapo verhaftet. Durch eine besondere Finte ihrer Tochter – sie erzählte vor den Beamten, dass der Vater gefallen sei – wurde Helene Kuchar begnadigt und freigelas-

sen. Sie setzte ihre antifaschistische Tätigkeit auch nach Ende des Zweiten Weltkrieges fort.

Die Gedenkfahrt wurde mit dem Besuch des Partisanen-Museums in Eisenkappel abgeschlossen.

Edith Krisch



Janko Messner bei der Gedenkfeier in Annabichl

Wer jeden Konflikt so rasch wie möglich unterdrückt, darf nicht

hoffen, dadurch die Tür zur Liebe öffnen zu können, denn der Konflikt selbst ist schon potentielle Liebe, wenn auch auf einem Nebengeleise.“

Das ist eine der Erkenntnisse, die wir in „Aphorismen & Streiflichter“ (Drava-Verlag) von Janko Messner fanden.

Wie die meisten seiner Bücher, ist auch dieser Band doppelsprachig, slowenisch und deutsch, und viele seiner Aussprüche sind „Stichwörter“ im wahrsten Sinn des Wortes, die Messner als aufrechten Antifaschisten charakterisieren.

Janko Messner

In dem Band „Gedichte/Pesmi/Canti“ finden sich auch zarte Liebes- und empfindsame Landschaftsgedichte.

Für den heute 81-jährigen Kärntner slowenischen Dichter, in Hitlers Strafbataillon zum Schwerkriegsbeschädigten geworden, zeugt für seine trotz allem lebensbejahende Haltung dieses Gedicht:

*Nach Auschwitz
kann man keine Gedichte
mehr schreiben.
So Adorno.
Und dennoch*

*werden sie wieder
geschrieben
auf der ganzen Welt.
Nach den Schüssen
auf Romero vor dem Altar
verzweifelte mancher
Gläubige
endgültig an Gott.
Und dennoch fordern sie
in seinem Namen
Arbeit Brot Frieden
empören sich gegen den Krieg
auf der ganzen Welt.
Wie soll der Mensch leben
ohne Liebe?
Wie soll Gott
überdauern ohne Gedichte?*

Bundeshauptversam

Zwei Themen standen im Mittelpunkt der Diskussionen auf der am 30. November 2002 im Bildungszentrum der AK Wien abgehaltenen Bundeshauptversammlung der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer: das enttäuschende Ergebnis der Nationalratswahl und als Zweites die Erweiterung der Europäischen Union. Die Referate dazu hielten Abg. z. NR Dr. Caspar Einem und MEP Dr. Hannes Swoboda.

Die Konferenz wurde von der Chorvereinigung „Gegenstimmen“, unter der musikalischen Leitung von Erke Duit, mit antifaschistischen Liedern eindrucksvoll eingeleitet. Bundesvorsitzender Prof. Alfred Ströer konnte unter den zahlreichen Gästen Vertreter sozialdemokratischer und befreundeter Organisationen begrüßen: BM a. D. Karl Blecha, Präsident des Pensionistenverbandes Österreichs und Bezirksvorsteher Karl Lacina, Vorsitzender der SPÖ Brigittenau. Weiters wurden begrüßt: der Präsident des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes, Vizebgm. a. D. Hubert Pfoch, der wissenschaftliche Leiter des DÖW, Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer, der Vorsitzende des KZ-Verbandes, Oskar Wiesflecker, und die Bundessekretärin des KZ-Verbandes, Friederike Krenn, sowie der Obmann der Lagergemeinschaft Buchenwald, Albert Dlabaja.

Unter den Delegierten waren auch einige SPÖ-Mandatare, u. a. die Abgeordneten zum Nationalrat Anton Heinzl und Otto Pendl sowie der Abg. zum Wiener Landtag GR Dr. Michael Ludwig. Mit großer Genugtuung wurde eine Reihe von Vertretern von Jugendorganisationen begrüßt. Einige Teilnehmer des 27. Lehrganges der Wiener Parteischule halfen bei der Organisation der Bundeshauptversammlung mit. Ihnen und der Leiterin der Parteischule, Gerti Distel, wurde dafür der Dank ausgesprochen. Alfred Ströer begrüßte zum Abschluss, stellvertretend für alle KZ-ler und Widerstandskämpfer, die Ehrenvorsitzende des Bundes, KR Erna Musik, und den Ehrenvorsitzenden der obersteirischen Freiheitskämpfer, Stadtrat a. D. Fritz Inkret.

Karl Blecha verband seine Grußworte mit einigen Bemerkungen über den Ausgang der Nationalratswahl und wies auf die

Bedeutung der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer in der Vergangenheit und in der Gegenwart hin. Hubert Pfoch dankte für die Unterstützung des Dokumentationsarchivs durch die Opferverbände und wies darauf hin, dass im Jahre 2003 der vierzigjährige Bestand des DÖW gefeiert



Alfred Ströer bei seinem Bericht

wird. Über Einladung des Wiener Bürgermeisters wird eine große Veranstaltung im Festsaal des Rathauses stattfinden.

Bundesvorsitzender Alfred Ströer befasste sich in seinem Bericht mit der Situation des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer in der gegenwärtigen Zeit und betonte, wie notwendig diese Organisation innerhalb und außerhalb der Partei sei. Die Opferverbände erfüllen heute eine wichtige Aufgabe in der Interessenvertretung der Überlebenden der Konzentrationslager und Gefängnisse nach dem Opferfürsorgegesetz. Neu hinzugekommen sind die Entschädigungsfonds für die Zwangsarbeiter und die Restitution für die Opfer der Raubzüge der Nationalsozialisten. In all diesen Fragen sind die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, gemeinsam mit allen anderen Opferverbänden, in der Beratung und Unterstützung dieser Anliegen tätig.

Eine zweite Aufgabe ist es, gegen alle Formen des Rechtsextremismus aufzutreten und schließlich das Erinnern an die

Verbrechen des Nazifaschismus und das Gedenken an seine Opfer wach zu halten. Wie unrichtig Forderungen nach einem „Vergessen“ sind, erweise sich an dem großen Interesse, das Bücher finden wie das Werk des heuer mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Imre Kertész oder des Österreicherers Erich Hackl.

Ernst Nedwed, stellv. Bundesvorsitzender, wies darauf hin, dass der Bund heute neben den Überlebenden der Konzentrationslager und des Widerstandes, die als Zeitzeugen eine wichtige Aufgabe erfüllen, und jenen, die in ihrer Jugend den Nazifaschismus und den Krieg kennen gelernt haben, auch viele Menschen, die in der Zeit nach dem Ende der faschistischen Diktatur und in den letzten Jahren beigetreten sind, in seinen Reihen hat. Dadurch kann das Gespräch zwischen den Generationen über die leidvolle Geschichte des Landes, insbesondere der Arbeiterbewegung, geführt werden.

Aus der Geschichte zu lernen ist eine wichtige Aufgabe für die jungen Menschen von heute. Daher sind die Freiheitskämpfer auch gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Bildungsarbeit tätig. Sie sind vor allem aktiv, wenn es darum geht, Provokationen rechtsextremer Gruppierungen, so wie z. B. am 8. Mai dieses Jahres, als deutschnationale und rechtsradikale Gruppen diesen Tag der endgültigen Niederlage des Nationalsozialismus als Trauertag auf dem Heldenplatz begehen wollten, aufzutreten.

Die Landesverbände der Freiheitskämpfer sind mit vielfältigen Aktivitäten in die Gesamtarbeit des Bundes integriert und es ist besonders erfreulich, dass in der Steiermark, durch den Ausbau der Gruppe Graz und Umgebung, jetzt Steiermark Süd, sich ein gemeinsamer Landesverband in absehbarer Zeit bilden wird. Der Kontakt zu unseren Mitgliedern wird hauptsächlich über die Landes- und Bezirksgruppen, aber vor allem durch unsere Mitgliederzeitschrift „Der Sozialdemokratische Kämpfer“, die unter der Leitung von Dr. Manfred Scheuch und einem kleinen Redaktionskomitee herausgebracht wird, hergestellt. Nedwed wies



mlung 2002



Foto: Freiheitskämpfer

Ehrenvorsitzende Erna Musik, Präs. Hubert Pfoch, Bezirksvorsteher Karl Lacina

abschließend auf die Notwendigkeit, Mitglieder bzw. unterstützende und fördernde Mitglieder sowie Abonnenten für unsere Zeitschrift zu gewinnen. Die wichtigste Aufgabe sei es, junge Menschen für unsere Arbeit zu interessieren.

Bundessekretärin Edith Krisch berichtete über die weit reichenden Aufgaben des Bundes und des Bundessekretariats. Diese umfassen die Organisation von Gedenkveranstaltungen wie der 12.-Februar-Kundgebung, die Teilnahme an der Gedenkfeier des Nationalrates und des Bundesrates im Parlament anlässlich der Befreiung des KZ Mauthausen, der Fahrt zur Internationalen Befreiungsfeier nach Mauthausen, der Kranzniederlegung in der Krypta, der Kundgebung bei der Feuerwehrzentrale Am Hof und in der Gedenkstätte Saltorgasse und dem Gedenkmarsch am 1. November am Wiener Zentralfriedhof. Darüber hinaus erfolgte im Jahr 2002 die Teilnahme an der Beisetzung der medizinischen Präparate der Spiegelgrund-Kinder.

Zu Beginn der Befreiungsfeier in Mauthausen wurde in diesem Jahr erstmals, gemeinsam mit dem LV OÖ, eine Gedenkveranstaltung für den Schutzbündler Richard Bernaschek abgehalten, bei der

Parteivorsitzender Dr. Alfred Gusenbauer sprach. Weiters fanden Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit dem DÖW und mit der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs, z. B. Teilnahme an der Übergabe der Gedenkstätte Riga, an einer Gedenkfeier in Lidice, an der jährlich stattfindenden Gedenkveranstaltung in Stein an der Donau zur Erinnerung an die 399 am 6. April 1945 ermordeten Häftlinge, statt.

Eine wichtige Aufgabe stellt die Pflege von Kontakten zu befreundeten Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland, in Tschechien und in Polen dar. Über das Bundessekretariat werden Zeitzeugengespräche vermittelt und Kontakte zu Behörden und Archiven hergestellt. Die Beratung und Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen für die einzelnen Entschädigungsfonds stellt einen neuen Schwerpunkt in der Tätigkeit des Sekretariats dar. Der Bundesvorsitzende, Prof. Alfred Ströer, vertritt als Kuratoriumsmitglied die Arbeitsgemeinschaft der KZ- und Opferverbände im „Versöhnungsfonds“ der Republik Österreich und nimmt die Aufgabe eines Beobachters im so genannten „Entschädigungsfonds“ wahr.

Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer stellt darüber hinaus eine ➤



Begrüßungsrede Caspar Einems

„Autoritäre Muster“ stärkten ÖVP

Auf die Frage „Opposition oder Regierungsbeteiligung?“ gebe es für die SPÖ keine einfache Antwort, sagte SPÖ-Europasprecher Caspar Einem in seiner Begrüßungsansprache bei der Bundeshauptversammlung der Freiheitskämpfer. „Es geht um eine Aufklärung der Menschen in diesem Land, etwa darüber, was die Grundlagen der Sozialstaatlichkeit sind.“ Die Hauptursachen für den Sieg der ÖVP lassen sich laut Einem zum Teil durch den gesellschaftlichen Strukturwandel und das ausgeprägte Stadt-Land-Gefälle erklären. Die ÖVP ist traditionell auf dem Land stark, während für die SPÖ die Veränderungen im städtisch-industriellen Raum problematisch geworden sind, weil der Anteil der Arbeiter immer geringer wird und der Dienstleistungssektor dafür enorm gewachsen ist. Auch habe Österreich die Phase der Aufklärung, der Befreiung von autoritären Mustern noch nicht abgeschlossen. Es gebe eine auffallende Tendenz, starken Figuren, einer „Nummer eins“, zu folgen. Das kann gut gehen, wie im Falle der langen Regierungszeit Bruno Kreiskys, kann aber auch in die andere Richtung umschlagen.

Die von der FPÖ zunächst mit zunehmendem Erfolg begonnene „Kultur der Unzufriedenheit“ sei nun letztendlich zusammengebrochen, weil sie keine Konzepte anzubieten hatte. Vor diesem Hintergrund waren die 37 Prozent für die SPÖ ein hervorragendes Ergebnis, sagte Einem.



Bundeshauptversammlung 2002



Überreichung der Otto-Bauer-Plaketten (v. l. n. r.): Bezirksvorsteher Karl Lacina, Franz Deimel, Engelbert Lepic, Antonia Bruha, Leopold Jappel, Julius Aufrichtig und Landtagsabgeordneter Dr. Michael Ludwig

Foto: Freiheitkämpfer

➤ wichtige Beratungsstelle für Studierende dar. Zu den Agenden des Sekretariats zählt, neben der Führung der Mitgliederdatei und der Buchhaltung, die Vorbereitung von Text- und Bildmaterial für die Mitgliederzeitung, die Mitarbeit im Redaktionskomitee und die Kommunikation mit dem Verlag und der Druckerei. Die vor zwei Jahren installierte Homepage <http://www.freiheitkaempfer.at> wird ebenfalls vom Bundessekretariat betreut. Im Jahr 2002 konnte das Sekretariat um einen Raum erweitert und umgestaltet werden.

Den Finanzbericht erstattete die Bundesfinanzreferentin, RR Herta Slabina. Sie wies auf die Notwendigkeit der Stärkung unserer Finanzen durch eine verbesserte Kassarierung hin.

Den Kontrollbericht erstattete der Vorsitzende der Kontrolle, Walter Faderny, der auf die hervorragende Administration des Bundes hinwies und den Antrag auf Entlastung des Vorstandes stellte. Bei der anschließend erfolgten Neuwahl wurde der bisherige Vorstand bis auf zwei ausscheidende Vorstandsmitglieder wiedergewählt.

Ausgeschieden sind Fritz Pillwein und Heinz Strobel, denen der Vorsitzende, Alfred Ströer, den Dank für ihre langjährige Arbeit aussprach.

Unter dem Tagesordnungspunkt Anträge und Resolutionen berichtete der Vorsitzende der Antragskommission, DI Alfred Kohlbacher, über einige Anträge und Resolutionen. In einer Resolution begrüßt der Bund, dass die sozialdemokratische Nationalratsfraktion eine Regelung anstrebt, mit der Volksanwälte, sowie andere oberste Organe der Republik, ihrer Funktion auch während ihrer Amtsperiode enthoben werden können.

Eine weitere Resolution betrifft die Urteile der NS-Militärjustiz zwischen 1939 und 1945, die über Deserteure der Deutschen Wehrmacht verhängt wurden. Die Bundeshauptversammlung tritt dafür ein, dass, ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland, diese Urteile pauschal aufgehoben werden. Eine erste Debatte hat es im Parlament bereits gegeben. Die Beschlussfassung über ein entsprechendes Gesetz ist noch offen. Ein Statutenantrag des Landes-

verbandes Tirol wurde mit entsprechenden Auflagen, z. B. Änderung des Statuts auf geschlechtsneutrale Formulierungen, dem Bundesvorstand zur Durchführung zugewiesen. Außerdem soll ein Regulativ für die Gruppe der unterstützenden bzw. fördernden Mitglieder ausgearbeitet werden. Ein Antrag des Bundesvorstandes auf Anpassung des Mitgliedsbeitrages auf 6,00 Euro, mit der Möglichkeit, für die Landesverbände einen zusätzlichen, mit 2,00 Euro limitierten Landesbeitrag einzuheben, wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Der Konferenz wurde außerdem eine Protestresolution des Landesverbandes Niederösterreich, betreffend die Streichung der Subvention für das Karl-Renner-Museum in Gloggnitz durch das Bildungsministerium, zur Kenntnis gebracht.

Zum Referat des sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden im Europäischen Parlament, Dr. Hannes Swoboda, zum Thema „Auf dem Weg zum größeren Europa“ (siehe Seite 16) nahmen folgende Redner Stellung: Julius Aufrichtig, Peter Lhotzky, Peter Weidner, Hans Schiel und Karl Gruber. ■

Buchbesprechung: Zweimal „Die Beneš-Dekrete“

Knapp vor der Nationalratswahl in Österreich sind zwei Paperbacks mit je dem gleichen Titel erschienen: „Die Beneš-Dekrete“. Da dieses Thema aufgrund des schwarz-blauen Koalitionsabkommens vom Jahr 2000 zu einem Hauptthema in der Innen- und Europapolitik Österreichs hochstilisiert wurde, schien es, als ob diese Frage im Erweiterungsprozess das Um und Auf der Europapolitik geworden sei. Die Instrumentalisierung dieses Themas durch die von der FPÖ ausgesprochene Veto-Drohung gegen den Beitritt Tschechiens zur EU wurde zu einem Dauerbrenner in der Innenpolitik. Nun stellt sich aber heraus, dass die FPÖ auch mit diesem Thema einen Absturz erlebte, weil gerade dort, wo sich die Siedlungsgebiete der früheren sudetendeutschen Flüchtlinge befinden, die Wahlergebnisse für die FPÖ alles andere als erfolgreich waren. Nun haben Vertreter der FPÖ nach der Wahl erklärt, die Veto-Drohung fallen lassen zu wollen. Wohl eine Vorleistung in der Hoffnung auf eine weitere Regierungsbeteiligung.

Trotzdem wird die Diskussion über die Beneš-Dekrete weitergehen. Dafür werden schon die Vertriebenenverbände sorgen, die, traditionsgemäß rechts angesiedelt, über Initiative der schwarz-blauen Regierung insgesamt 7,3 Millionen Euro, also umgerechnet 100 Millionen Schilling, erhielten. Von solchen Beträgen kann die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs, der die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer angehören, nur träumen. Sie hat im Verlaufe von Jahren vergleichsweise nur einen Bruchteil davon erhalten.

Deshalb ist es gut, dass der Emotionalisierung dieses Themas in der Innen- und Außenpolitik zwei Sachbücher entgegengestellt werden, die die Tragödie der Sudetendeutschen nicht als einen einseitigen Akt des Verbrechens, sondern im Zusammenhang mit der Vorgeschichte, also der Politik in der Ersten Tschechoslowakischen Republik, der Macht ergreifung Hitlers in Deutschland, dem Diktat von München, mit dem die CSR zerschlagen wurde, und mit dem Zweiten Weltkrieg und seinen Folgen betrachten.

Das Buch, das von Coudenhove-Kalergi und Oliver Rathkolb im Czernin Verlag herausgebracht wurde, enthält zwölf Beiträge von Historikern, Politikwissenschaftlern, Journalisten – Tschechen, Deutschen und Österreichern – und zwei tschechischen Präsidenten.

Der Beitrag von Edvard Beneš ist seinen „Erinnerungen“ entnommen, die im Jahre 1947 erschienen sind. In diesen schildert Beneš die Entwicklung von München bis zum Vertrag der Alliierten von Potsdam, wo die „Abschiebung“ der Deutschen aus der CSR beschlossen wurde.

Interessant dabei sind die Gespräche, die Beneš mit dem Führer der sudetendeutschen Sozialdemokratie, Wenzel Jaksch, über die Zukunft nach dem Sieg über Hitler geführt hat. In einer Passage sagt Beneš den sudetendeutschen Sozialdemokraten: „Ich werde nie vergessen, dass ihr deutsche Sozialdemokraten den deutschen Namen in dieser großen geschichtlichen Krise nicht befleckt und das furchtbare Schicksal des deutschen Volkes nicht verschuldet habt.“ Dass dies doch nach 1945 nicht zum Tragen kam, beweisen einzelne Dekrete und auch die teilweise rigorose Aussiedlung, die sogar Beneš zu folgender Formulierung veranlasste: „Ich bestreite nicht, dass es auch bei uns im Einzelnen zu zahlenmäßig begrenzten Exzessen untergeordneter Organe gekommen ist, die des Landes Masaryks nicht würdig waren. Ich habe mich stets entschieden dagegengestellt und sie öffentlich kategorisch verurteilt und angeprangert“.

In dem Beitrag des noch amtierenden Präsidenten, Václav Havel, den er im April 2002 für die Zürcher Zeitung geschrieben hat, weist er auf die tragische Rolle von Präsident Beneš hin, der einerseits für die Annullierung des Münchener Abkommens und für die Wiedererrichtung der CSR kämpfen und später dann, als gealterter und kranker Mann, vor den Kommunisten kapitulieren musste. Havel macht aber auch darauf aufmerksam, dass die CSR als eine der letzten Demokratien in einem Europa der Diktaturen in den 30er Jahren vielen deutschen und österreichischen Antifaschisten und verfolgten Juden eine Fluchtstätte für die Emigration gewesen ist.

Im Beitrag von Leopold Grünwald wird auf den Kampf der sudetendeutschen Antifaschisten vor 1938, z. B. der sozialdemokratischen „Republikanischen Wehr“, hingewiesen und auch auf den Widerstand während der Okkupation.

Ein weiterer wichtiger Beitrag in diesem Buch ist jener von Oliver Rathkolb über die Instrumentalisierung der Sudetenfrage in Österreich und über das weithin unbekanntes Faktum, dass Österreich im Jahre 1945 die

Grenzen gegenüber den Flüchtlingen zeitweise gesperrt hatte.

Rainer Münz behandelt in seinem Beitrag die unterschiedliche Betrachtungsweise in Deutschland bzw. Österreich und in Tschechien über die Opfer-Täter-Rolle im Zusammenhang mit der Okkupation, dem NS-Terror im Protektorat und der Vertreibung 1945. Von Elisabeth Marnegg, der Tochter des letzten österreichischen Gesandten in der CSR, wird aufgezeigt, dass es auch andere Facetten der Aussiedlung gab, als allgemein bekannt ist, zum Beispiel der Kampf um eine privilegierte Behandlung der Österreicher in Prag.

Die Beiträge von Bradley F. Abrams, Anne Bazin-Begley, Peter Becher, Barbara Coudenhove-Kalergi, István Deák, Václav Kural, Peter Mähner und Alena Miskova basieren auf Vorträgen, gehalten am 21. Juni 2002 anlässlich der Tagung „Sudetenfrage und Beneš-Dekrete im aktuellen und historischen Kontext“, veranstaltet vom Demokratiezentrum Wien (zu der Vertreter der Opferverbände leider nicht eingeladen waren).

Das zweite, von Beppo Beyerl verfasste, Buch über die „Beneš-Dekrete“, das im Promedia-Verlag herausgebracht wurde, stellt in einer klaren Sprache und hervorragend geordnet die Situation der Sudetendeutschen und der Tschechen historisch und auf die Gegenwart bezogen dar. In seinem Vorwort heißt es: „Die Diskussion über die Beneš-Dekrete wurde viel zu lange den Vereinen der Sudetendeutschen sowie den ihnen vorgespannten Politikern aus Österreich und Deutschland überlassen. Ihre Positionen sind eindeutig: ‚Weg mit den Dekreten, Restitutionszahlungen für alle Vertriebenen‘, dabei erwähnen sie nicht, welche historischen Ereignisse zu den besagten Dekreten geführt haben. Diese Situation – Besetzung der Themen und damit politische Tabuisierung, sowie Schweigen der Linken – war für mich äußerst unbefriedigend. Ich wühlte mich durch verschiedene Zeitdokumente, dann schrieb ich dieses Buch“. Das Buch von Beppo Beyerl ist allen zu empfehlen, die sich objektiv informieren wollen.

Ernst Nedwed

„Die Beneš-Dekrete“, Czernin Verlag, 223 Seiten, € 19,90

„Die Beneš-Dekrete“, Promedia-Verlag, 134 Seiten, € 9,90

Flossenbürg: Albert Schwägerl gestorben

GR a. D. Albert Schwägerl ist am 25. Oktober 2002, nach kurzem, schwerem Leiden, verstorben. Albert Schwägerl war bemüht, weltweit ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers Flossenbürg anzusprechen und sie zu den jährlich stattfindenden Gedenkfeiern nach Flossenbürg einzuladen. So kam Albert Schwägerl mit unserem langjährigen Ehrenvorsitzenden, Leo Mistingering, in Kontakt. Aus dem darauf folgenden Treffen entstand eine mehrere Jahre dauernde Freundschaft zwischen Leo und Albert und in weiterer Folge auch zwischen Albert Schwägerl, Alfred und Maria Ströer und Edith Krisch. Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus verlieh Albert Schwägerl 2001, wenige Monate nach dem Ableben Leo Mistingering, für seine Bemühungen um die Versöhnung mit den ehemaligen Opfern des Naziregimes, seine höchste zu vergebende Auszeichnung, die Otto-Bauer-Plakette. Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer verloren mit Albert Schwägerl einen aufrichtigen Freund.

Edith Krisch

Grete-Jost-Gedenkkundgebung

Am 15. Jänner 2003 jährt sich zum 60. Mal der Tag, an dem die österreichische Antifaschistin Grete Jost aufgrund eines Todesurteils des „Volksgerichtshofes“ hingerichtet wurde. Zur Erinnerung daran findet am Samstag, dem 18. Jänner 2003, bei der Gedenktafel für Grete Jost, im Rabenhof, Wien 3, Baumgasse 39, eine Gedenkkundgebung statt, bei der Vertreter antifaschistischer Organisationen, u. a. auch der Bundesvorsitzende der Freiheitskämpfer, Prof. Alfred Ströer, sprechen werden. Beginn 14.00 Uhr.

Sozialdemokratische Freiheitskämpfer Steiermark Süd neu konstituiert

Am 6. November 2002 fand in den Räumlichkeiten der SPÖ-Landesorganisation Steiermark die Neukonstituierung und Wahl des neuen Vorstandes der Steiermark Süd (früher Graz), in der Organisationsform einer Bezirksgruppe, statt. Für den Bundesvorstand waren der Vorsitzende der Kontrolle, Genosse Walter Faderny, und die Bundessekretärin, Genossin Edith Krisch, anwesend. In den Vorstand der Bezirksgruppe Steiermark Süd wurden folgende Genossinnen und Genossen gewählt:

Vorsitzender: Mag. Albert Kaufmann, stv. Vorsitzende: Thomas Heim und Michael Grossmann, Kassier: Karl-Heinz Herper, stv. Kassier: Gerhard Macher, Schriftführerin: Ulli Repolust, stv. Schriftführerin: Evelyne Decker. Zu Mitgliedern der Kontrolle wurden Dr. Michael Russ, Hannes Schwarz und Andreas Haas ernannt. Genosse Michael Günzberg hat die Aufgabe des Pressereferenten übernommen.

Es ist geplant, zu einem späteren Zeitpunkt aus den Reihen der Bezirksorganisationen Obersteiermark und Steiermark Süd einen Landesverband zu bilden, der den beiden Organisationen eine verstärkte Zusammenarbeit ermöglichen soll.

Eine erste Aktivität haben die Vorsitzenden der beiden steirischen Organisationen, Mag. Albert Kaufmann und Heribert Haring, durch die Teilnahme an einer österreichischen Delegation der Opferverbände in Berlin zum Gedenken an den 20. Juli 1944, bereits gesetzt. Im Folgenden ein kurzer Bericht:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, sagte bei der Feierstunde im Bendlerblock, der „20. Juli“ sei ein Symbol für den gesamten Widerstand in Deutschland. „Das Attentat auf Hitler ist misslungen, aber es war nicht vergeblich.“ Die Gedenksprache hielt der Soziologe Sir Ralf Dahrendorf. In seiner beeindruckenden Rede ließ er klar durch-

blicken, dass die Männer des 20. Juli zwar keine Demokraten gewesen seien, ihre Taten für die Nachwelt aber äußerst wichtig sind. Wir müssen im Auge behalten, vorher alles zu tun, um Entwicklungen wie den Nationalsozialismus zu verhindern.

Durchgehend forderten die Aussagen – auch des an diesem Tag neu nominierten Verteidigungsministers Peter Struck – dazu auf, gegen Intoleranz, Menschenverachtung und Fremdenhass aufzutreten. Unter stärksten Sicherheitsvorkehrungen legten am Nachmittag des 20. Juli 2002 Rekruten, in Anwesenheit von Bundeskanzler Schröder, im Bendlerblock ihr Treuegelöbnis ab. Als erster ausländischer Politiker hielt aus diesem Anlass Polens Präsident, Alexander Kwasniewski, eine Rede, die weltweit als ein weiteres Versöhnungszeichen zwischen Deutschland und Polen gewertet wurde.

Die Delegation besuchte anschließend die Gedenkstätte am Plötzensee, die zentrale „Richtstätte“ in der NS-Ära. ■

Wir gratulieren

Zum **100. Geburtstag:** Leopoldine Pfeiffer, Groß Siegharts. **99. Geburtstag:** Johann Königsecker, Freistadt; Franz Pfannhauser, Wiener Neustadt. **98. Geburtstag:** Rudolf Zwibauer, Wien. **97. Geburtstag:** Elisabeth Schmutzenhofer, Anton Zacek, Wien. **96. Geburtstag:** Maria Eineder, Wien. **95. Geburtstag:** Maria Dexinger, Wien. **94. Geburtstag:** Maria Meerkatz, Hohe Wand-Stollhof; Hermine Bayer, Johann Keller, Dr. Ella Lingens, Wien. **93. Geburtstag:** Kreszentia Mayer, Maria Gaisrucker, Kapfenberg; Emmerich Dutter, Neunkirchen; Maria Gindl, Wiener Neustadt. **92. Geburtstag:** LABg. a. D. Viktor Schneider, Petronell; Hermine Klösch, St. Pölten; Dipl.-Ing. Friedrich Grassinger, Christine Tischler, Wien. **91. Geburtstag:** Maria Lackinger, Feldkirchen; Franz Priewasser, Kirchbichl; Anna Pompe, Korneuburg; Berta

Bäck, Steyr; Hubert Felner, Margarete Rohm, Wien.

90. Geburtstag: Günther Lieder, Innsbruck; Dr. Georg Jungwirth, Linz; Wilhelmine Ganisl, Salzburg; Rudolf Frank, Anna Klinke, Helene Kriz, Franz Lukasch, Johanna Sentall, Prof. Erwin Weiss, Gerda Zimbelius, Wien. **85. Geburtstag:** Franz Paminger, Wiener Neustadt.

80. Geburtstag: Stefan Avor, Fürstenfeld; Irene Svarc, Groß-Enzersdorf; Franz Bogataj, Klagenfurt; Melitta Putzl, Linz; Alfred Hartig, Mödling; Walter Ulm, Mürrzuslag; Rosa Heinz, Leo Hüner, Elisabeth Kohn, Walter Kouba, Prof. Werner Meron, Harry Nagl, Herbert Neuhauser, Othmar Salbaba, Alfons Steirer, Melanie Weiss, Wien. **75. Geburtstag:** LR a. D. Dr. Ernest Brezovszky, Gänserndorf; Reinhold Suttner, Perchtoldsdorf; Hedy Mraz, Elisabeth Preisz, Margit Türk, Tibor Zsiga, Wien.



„Frauen in Ravensbrück“

Eine Veranstaltung im Wiener Volkstheater

Wie alljährlich veranstaltete der Verband Wiener Volksbildung, gemeinsam mit dem B-Projekt, in Erinnerung an die so genannte Reichskristallnacht, eine Matinee mit Zeitzeugen aus der Zeit der NS-Diktatur. Diesmal waren Vertreterinnen der Frauen aus Ravensbrück geladen.

Das Frauen-KZ Ravensbrück gehörte zu den schrecklichsten Stätten des Grauens während der NS-Gewaltherrschaft: Über 130.000 Frauen und 20.000 Männer wurden in dieses Lager deportiert. Sie wurden erschossen, vergast oder mit Giftinjektionen ermordet. Sie starben an Epidemien und an den Folgen medizinischer Experimente. Sie verhungerten oder erfroren im Winter. Käthe Leichter, die große Sozialistin, war in diesem KZ, bevor sie in einer NS-Euthanasie-Anstalt ermordet wurde. Rosa Jochmann, die langjährige Bundesvorsitzende der Sozialistischen Freiheitskämpfer, unsere Ehrenvorsitzende

Erna Musik und unser Bundesvorstandsmitglied Antonia Bruha haben dieses grauenvollen Konzentrationslager überlebt.

Unter der Moderation von Hans-Henning Scharsach berichteten die Zeitzeuginnen Antonia Bruha, Regina Chum, Helene Igerc und Mila Kalibová über die furchtbare Zeit in Ravensbrück. Einen längeren und erschütternden Bericht brachte Antonia Bruha, die in ihrem Beitrag den Widerstand sozialdemokratischer Gruppen gegen den Nationalsozialismus und auch der verschiedenen Gruppierungen der tschechischen Minderheit in Wien – von den Kommunisten bis zu den Sokoln – schilderte.

Was die Zeit im KZ Ravensbrück betrifft, zeigte sie auf, dass die verschiedenen Nationalitäten und religiösen Gruppen unterschiedlichen Behandlungen durch die Nazis ausgesetzt waren. Besonders litten die Juden und auch die Roma. Ergreifend ihre Schilderung, wie Roma-Kinder



Hans-Henning Scharsach und Antonia Bruha

und -Jugendliche für scheinmedizinische Experimente von NS-Medizinern in den Tod geschickt wurden. Die Veranstaltung des bis auf den letzten Platz besetzten Volkstheaters, wurde von Oberkantor Shmuel Barzilai mit dem Totengebet „El Male Rachamim“ abgeschlossen. Antonia Bruha ist heute noch aktive Mitarbeiterin des Dokumentations-

archivs und ist besonders in der Aufklärungsarbeit unter jungen Menschen, z. B. im Gedenkraum in der Saltorgasse, wo einst das berühmte Hotel Metropol der Gestapo gestanden ist, tätig.

Ernst Nedwed

Widerstand in Hietzing

Der in ihrem gesellschaftspolitischen Bildungsauftrag besonders verpflichteten Volkshochschule Hietzing ist ein beispielgebendes Ausstellungsprojekt gelungen. In Zusammenarbeit mit dem Bundesgymnasium Fichtnergasse wurde die interessante Ausstellung „Widerstand in Hietzing – Der Kampf für Freiheit und Demokratie 1934–1945“ zusammengestellt. Die Ausstellung ist jenen Frauen und Männern gewidmet, die in Hietzing unter Einsatz ihres Lebens gegen Unrecht, Gewalt und Diktatur kämpften und zur Wiedergeburt eines freien und demokratischen Österreichs beitrugen.

Exemplarisch für die Breite des Widerstands werden die Schicksale von Widerstandskämpfern und -kämpferinnen aus dem kommunistischen, sozialistischen und katholisch-konservativen Lager sowie aus dem militärischen und individuellen Bereich dargestellt. Stellvertretend für den sozialistischen Widerstand werden Käthe Leichter, Heinrich Stei-

nitz und Steffi Kunke gewürdigt. Besonders lobenswert ist die Mitgestaltung der Ausstellung durch sieben Schülerinnen der 5. Klasse des BG Fichtnergasse. Sie gestalteten im Rahmen des Unterrichts die Tafeln über individuellen Widerstand.

Bei der Eröffnung der Ausstellung am 24. Oktober 2002, an der unser Bundesvorsitzender Alfred Ströer und Hietzinger Freiheitskämpfer teilnahmen, richteten der Pädagoge und Spitzenkandidat der SPÖ Hietzing bei den Nationalratswahlen, Dr. Gerhard Schmid, und der kommunistische Widerstandskämpfer Leopold Kuhn mahnende Worte an die zahlreich erschienenen Besucher, darunter Schülerinnen und Schüler, die Direktorin und Lehrerinnen und Lehrer des BG Fichtnergasse. Es gelte auch heute, aus den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit zu lernen, um Demokratie- und Sozialabbau entschlossen entgegenzutreten.“

Alfred Koblbacher

Mahnmal in Salzburg

Über 57 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus hat nun endlich auch Salzburg ein Denkmal für die Opfer des Naziterrors. Am diesjährigen Nationalfeiertag wurde auf dem Bahnhofplatz das „Mahnmal für die Opfer des Faschismus“ von SPÖ-Bürgermeister Heinz Schaden, Vertretern der Israelitischen Kultusgemeinde und der Opferverbände seiner Bestimmung übergeben. Der Ort für den dreibeinigen Altar von Heimo Zobernig ist bewusst gewählt: Von hier fuhren jene Züge ab, die zahlreiche Widerstandskämpfer, rassistisch und ethnisch verfolgte in den Tod oder lange Leidensjahre im Konzentrationslager führten.

Informierte Jugend

Der rührige Innsbrucker StudienVerlag, Innsbruck/Wien, hat wieder ein Buch zur Zeitgeschichte vorgelegt. Es befasst sich vor allem mit dem wichtigen Problem des Zugangs von Jugendlichen zu Holocaust und Nationalsozialismus. Dieser ist nicht länger von der Auseinandersetzung mit der Eltern- und Großelterngeneration geprägt. Die Jugend von heute rührt nicht mehr an Tabus, wenn Widerstand und Kollaboration, Mitmachen und Zuschauen thematisiert werden. Die Autoren dieses Sammelbandes leisten durchaus nicht unkritische Beiträge dazu.

Abgesehen davon, dass bei den Lehrenden Wissenslücken bestehen können, andererseits bei den Jungen Abwehrphänomene aus einem Gefühl der „Überfütterung“ vermieden werden sollen, bietet sich als sinnvoller Weg die Anregung zu eigenständigem Geschichtsbewusstsein durch selbständiges, insbesondere regionales Forschen durch Schüler und Studenten.

Europas Rechte: Alte Ziele, neu verpackt

Hans-Henning Scharsachs seit Jahren verfolgtes Anliegen, vor dem Wiedererstehen rechtsextremer Bewegungen zu warnen, hat in einem neuen Buch Niederschlag gefunden. Nachdem er Aufstieg und Weltbild Jörg Haider in drei Büchern dokumentiert hat, legt er nun das Buch „Rückwärts nach rechts – Europas Populisten“ (Ueberreuter Verlag, Wien) vor. Zwar ist dieses Buch vor der Selbsterstörung der FPÖ durch ihren Führer und das dadurch verursachte Wahldebakel dieser Partei geschrieben worden, doch zeigt es mit der Darstellung des vordem unaufhaltsam scheinenden Aufstiegs des Mannes aus Bad Goisern einen Prototyp des in vielen Ländern Europas erwachenden und da und dort auch Erfolge erzielenden Rechtsextremismus.

Scharsach hält bei der Darstellung dieser Rückwendung in eine autoritäre Vergangenheit Vergleiche mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus für durchaus angebracht. Wie die Nazis in ihrer „Kampfzeit“ konstruieren die Rechtspopulisten von heute einen

Gegensatz zwischen dem Volk und den von ihm gewählten demokratischen Repräsentanten. Wie damals ist das System der alten Parteien, unabhängigen Gewerkschaften, freien Medien und unabhängigen Gerichte Ziel von Skandalisierung, Denunziation und Verleumdung. Und wenn auch der Antisemitismus – schon aufgrund der zumal in Deutschland und Österreich bestehenden Gesetze und der öffentlichen Verurteilung des Weges, der zum Holocaust geführt hat – nur in vorsichtigen Äußerungen (wie Haider neuerlich erfolgte Apostrophierung der „Ostküste“) noch weiterlebt, so haben die Rechten vor allem ihre „neuen Juden“ in den Ausländern gefunden, und ihre Vordenker geben mit Theorien von Überfremdung und „Umvolkung“ radikalen Tätern sozusagen die moralische Berechtigung für Brandanschläge, Briefbombenattentate und Hatz auf Asylanten und Flüchtlinge.

Scharsach listet die rechtspopulistischen Parteien in Europa in einzelnen Kapiteln auf und charakterisiert deren mehr oder weniger erfolgreiche Führer.



Neben der FPÖ stehen unter anderem Le Pens „Front National“, das System Berlusconi und seiner Neofaschisten und Separatisten, die Schweizer Volkspartei des Christoph Blocher (der jüngst nur ganz knapp mit einer Anti-Ausländer-Volksinitiative unterlag), die antieuropäische und fremdenfeindliche Kjærsgaard-Partei in Dänemark, der belgische Vlaams Blok, die norwegischen, niederländischen und portugiesischen Rechtsradikalen. (Dass sich auch in den ehemals kommunistischen Reformstaaten solche Parteien formieren, wäre eine weitere Aufgabe für Scharsachs Untersuchungen.) Seine Conclusio: „Nicht nur auf Hilfe aus Brüssel warten, sondern den Widerstand gegen den Ungeist der Ewiggestrigen selbst organisieren sollten jene, die Demokratie, Freiheit, Menschenrechte und Solidarität verteidigen wollen.“

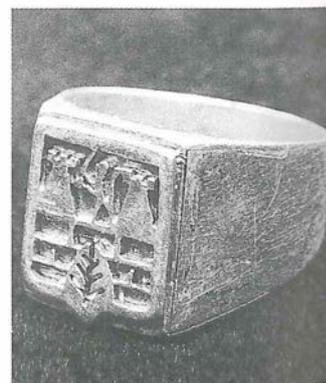
Der Ring aus Theresienstadt

Im Jüdischen Museum in Wien war im November eine Ausstellung zu sehen, die an den Novemberpogrom 1938 erinnerte. Sie nannte sich „Eine Nacht und einen Tag“ und zeigte in einer um die Wände des Ausstellungsraums laufenden Installation minutios die Vorgänge um die Zerstörungen des jüdischen Lebens in Österreich innerhalb von 24 Stunden. Neben wenigen Kultusgegenständen, die das Wüten der Nazis überstanden, war auch ein Ring

zu sehen, der seine eigene Geschichte hat. Der Ring, der von Frau Federica „Fritzi“ Spitzer (1911–2002) dem Museum übergeben wurde, trägt das Wappen von Theresienstadt. Frau Spitzer, geboren in Wien, war bis 1942 im Wiener Rothschildspital als Schwester tätig. Dann kam sie nach Theresienstadt und wurde drei Monate vor Kriegsende mit 1.200 anderen Häftlingen in die Schweiz gebracht, d. h. „freigekauft“. Sie hatte den Ring 1943 von einem Goldschmied in The-

resienstadt gegen Brot eingetauscht. Er hatte ihn aus Blech angefertigt. Fritzi Spitzer trug den Ring zuerst im KZ Theresienstadt und noch viele Jahre danach. Schließlich ließ sie ihn in Gold kopieren und übergab das Original dem Jüdischen Museum in Wien.

„Der Ring ist für mich ein Symbol für all das. In seinen kleinen Ausmaßen umschließt er unendlich viele Erinnerungen – an menschliche Niedrigkeit, aber auch an menschliche Größe.“

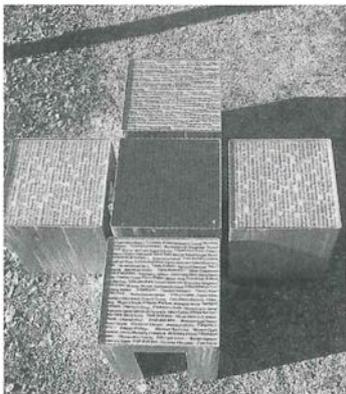


Der Ring zeigt das Wappen von Theresienstadt

Das Judenlager von Traunkirchen

Nachdem die Nazis im annektierten Österreich die Juden ihrer Existenzgrundlage beraubt hatten, wurden, damit, wie Gauleiter Bürckel in Wien sagte, „sie nicht der Allgemeinheit zur Last fallen“, auf dem Gebiet der „Ostmark“ erste Zwangsarbeitslager für Juden errichtet. Eines davon war das im Juni 1940 errichtete Lager in Traunkirchen. Die Lagerinsassen, schließlich auf 476 Personen angewachsen, wurden zur Arbeit im Straßenbau gezwungen. Die Juden waren streng von den anderen Arbeitern separiert und waren durch gelbe Stoffflecken an der Oberbekleidung gekennzeichnet. Kontakte zur Zivilbevölkerung waren strengstens verboten. Die Arbeitsbedingungen waren aufgrund mangelnder Arbeitsbekleidung und unzureichenden Schuhwerks extrem hart.

Im Jahr 2001 wurden sämtliche Meldelisten mit persönlichen Angaben der jüdischen Zwangsarbeiter aufgefunden. Zugänge und Abgänge wurden an das Meldeamt Traunkirchen übermittelt. Bis zum September



Symbolcharakter hat das Mahnmal von Traunkirchen

1942 wurden bis auf wenige Ausnahmen alle Juden des „Lagers Traunsee“ von Wien aus in die Vernichtungslager im Osten deportiert und dort ermordet. Anschließend diente das Lager für russische Zwangsarbeiter.

Die Existenz des Lagers in Traunkirchen fand in der Gemeindegeschichte lange keine Erwähnung. Nunmehr wurde – nach mehr als 60 Jahren – ein Denkmal für die jüdischen Zwangsarbeiter errichtet. Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde, der Russischen Föderation und des Landes Oberösterreich wurden bei der Ent-

hüllung vom Traunkirchner Bürgermeister Peter Aschenbrenner begrüßt. Der Entwurf für das Mahnmal stammt von Ferdinand Götz aus Bad Ischl. Dessen Idee war es, das Verdecken des Vergangenen und damit auch des Gegenwärtigen und Zukünftigen zur Schau zu stellen. Das Mahnmal besteht aus einer Fünfergruppe von Hockern mit Sitzflächen aus fünfschichtigem Glas. Zwischen diesen Schichten stehen alle Namen der internierten Juden, manche tiefer liegend, andere nahe an der Oberfläche. Durch die verschiedenen Schichten entsteht eine Perspektive, die anschaulich macht, wie der Mensch in der Geschichte vergeht.

Die Symbolik des Mahnmals: Die Hocker laden zum Sitzen ein. Doch im Hinsetzen decken wir automatisch zu, was einst ein Leben war, das zum Vegetieren gezwungen wurde und dem Vernichtung drohte ... Erst im Aufstehen bekommen wir den Blick frei auf das Vergangene wie auch auf das Zukünftige.

Wolfgang Quatember

Frauen-Widerstand in Vorarlberg

Das „frauenmuseum“ in Hittisau (Vorarlberg) zeigt bis 30. März eine Ausstellung „Wege nach Ravensbrück“, die vom Leben österreichischer Frauen in dem mecklenburgischen Konzentrationslager erzählt.

Es sind Überlebensgeschichten von Frauen, deren Leben durch das KZ einen tragischen Riss erfuhr (weshalb auch ihre weitere Geschichte nach dem Leidensweg dargestellt wird).

Die Ausstellung wird regional ergänzt durch einen Zwischenbericht über ein Forschungsprojekt der Historikerin Susanne Emerich über „Widerständige Vorarlberger Frauen im Nationalsozialismus“.

Gedenktafel an Schule

An der AHS Wien 2, Kleine Sperlgasse 2c, wurde für Schüler/innen und Lehrkräfte, die unter der NS-Herrschaft wegen ihrer jüdischen Herkunft aus dem dortigen Realgymnasium bzw. aus dem Oberlyzeum Novaragasse ausgeschlossen, dann vertrieben oder ermordet wurden, eine Gedenktafel „Zur Mahnung für alle Zukunft!“ enthüllt.

Professor Rudolf Sarközi

Bei der diesjährigen Gedenkfeier für die ermordeten Roma in Lackenbach, Burgenland, an der zahlreiche Ehrengäste, u. a. der Landeshauptmann des Burgenlandes Hans Niessl und die Wiener Stadträtin DI Isabella Kossina sowie Bundesvorsitzender Prof. Alfred Ströer, teilnahmen, wurde dem Obmann des Kulturvereins der österreichischen Roma, Rudolf Sarközi, das Dekret für den Berufstitel

Professor überreicht. Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus gratuliert seinem Bundesvorstandsmitglied und Mitarbeiter des Landesverbandes Wien herzlich zu dieser verdienten Auszeichnung.

Rudolf Sarközi hat sich in den 80er Jahren für die Anliegen der Roma und Sinti in Österreich eingesetzt und erreicht, dass der österreichische Nationalrat diese Volks-

gruppe und ihre Sprache anerkannt hat. Diese Volksgruppe war in der NS-Ära den Verfolgungen durch den Rassenvahn der Nationalsozialisten ausgesetzt.

Viele Roma und Sinti wurden in den Gaskammern der Nazi-Konzentrationslager ermordet. Rudolf Sarközi ist unermüdlich in der Aufklärungs- und Bildungsarbeit zum Thema Roma und Sinti in Österreich und Europa tätig.



Rudolf Sarközi, Obmann des Roma-Kulturvereins

Swoboda zum größeren Europa

In Europa herrscht Erleichterung darüber, dass die FPÖ bei den Wahlen so weit zurückgefallen sei, sagte der SPÖ-Delegationsleiter im Europäischen Parlament Dr. Hannes Swoboda in seinem Referat bei der Bundeshauptversammlung der Freiheitskämpfer. Wenn Schlüssel dennoch weiter mit der FPÖ koalieren wolle, werde er sich in der EU keine großen Freunde machen.

Zudem ja Österreich 2006 wieder den EU-Vorsitz inne-

haben wird, was mit der FPÖ, die tiefe Ressentiments gegen die EU hegt, keine leicht zu bewältigende Aufgabe sein würde. Mit der EU-Erweiterung kommen auf Österreich besondere Aufgaben zu, sagte Swoboda. Die Erweiterung stelle eine ungeheure Chance dar, bringe aber auch gewisse Schwierigkeiten mit sich. Es müsse beurteilt werden, ob die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen für einen Beitritt erfüllt seien. Österreich sei derzeit noch

nicht ausreichend auf die Erweiterung vorbereitet, weil die schwarz-blaue Regierung insbesondere in den Bereichen Infrastruktur und Bildung entsprechende Maßnahmen verabsäumt habe. Die nachbarschaftlichen Beziehungen und Kooperationen müssten aufgebaut werden, um durch Zusammenarbeit zu einem gemeinsamen Europa zu finden, das sich auf Konkurrenz vorbereitet und dennoch ein menschliches Antlitz bewahrt. ■

Jubilarin Rosa Heinz



Foto: Freiheitskämpfer

Bundesrätin und Gemeinderätin a. D. Rosa Heinz

Bei der Bundeshauptversammlung konnte Alfred Ströer auch einer langjährigen Funktionärin unseres Bundes,

Rosa Heinz, zum 80. Geburtstag gratulieren. Rosa Heinz war lange Jahre hindurch Vorsitzende der Bezirksgruppe Hernals unseres Wiener Landesverbandes. Der SPÖ ist sie bereits im Jahre 1952 beigetreten. Sie war recht bald Mitarbeiterin in ihrer Sektion und im Bezirksfrauenkomitee.

Als Straßenbahnerin war sie von 1960 bis 1978 Betriebsrat am Bahnhof Hernals. Ab 1973 war sie Vorsitzende der Sozialistischen Frauen in Hernals.

Im November 1973 wurde sie vom Wiener Landtag in den Bundesrat entsendet und ab dem Februar 1979 übersiedelte sie als Land-

tagsabgeordnete in den Wiener Gemeinderat, wo sie bis zum November 1987 tätig war. Rosa Heinz war eine der populärsten Mandatarinnen der Wiener SPÖ, die sich auf mancher Konferenz auch ein volkstümlich-kritisches Wort nicht versagte.

Rosa Heinz wurde schon vor längerer Zeit mit der Victor-Adler-Plakette der Partei und erst kürzlich mit der Otto-Bauer-Plakette geehrt. Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer wünschen Rosa Heinz weiterhin Gesundheit und viel Energie und Freude im Kreise der sozialdemokratischen Bewegung. ■

Der Bundesvorstand des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten

Ehrenvorsitzende:

KR Musik Erna.

Vorsitzender:

Prof. Ströer Alfred.

Vorsitzender-Stellvertreter:

Gruber Karl, Inkret Fritz, Kaiser Maria, Ing. Nedwed Ernst.

Finanzreferentin:

Reg.-Rat Slabina Herta,

Stellvertreter: Brosch Hans.

Schriftführer: Schwantner Hannes,

Stellvertreter: Lhotzky Peter.

Beisitzer/innen: Aufrichtig Julius, Bruha Antonia, Brännler Leopold, Dr. Daniemann Franz, Prof. Exenberger Herbert, Prof. Gelbard Rudolf, Haberlik Peter-Albert, Haring Heribert, Heinzl Anton, Ing. Hofmann Fritz, Dipl.-Ing. Kohlbacher Alfred, Mag. Kaufmann Albert, Krämer Herbert, Lehner Ulrich Peter, Liszka Bruno, Dr. Ludwig Michael, Oberbichler Hilde, Outolny Ernst, Pawlik Hans, Pühringer Ulrike, Prof. Sarközi Rudolf, Prof. Dr. Schranz Edgar, Spiess Gerti, Waschek Hans, Wasserberger Gilbert, Ing. Wicher Josef.

Kontrolle: Faderny Walter, Frühauf Ernst, Maier Helga, Goldmann Eduard, Prof. Jobst Vinzenz.

Die Bundeshauptversammlung stimmte am 30. November 2002 dem obigen Wahlvorschlag einhellig zu.

Als **Bundessekretärin** wurde Krisch Edith wiederbestellt.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-277, Fax 534 27-258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: <http://www.freiheitskaempfer.at>

Produktionsleitung: VWZ Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon 524 70 86-0

Hersteller: Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt

Zulassungsnummer: GZ 02Z03355M

FRAU
GERLINDE SCHWANTNER
BARINGERG. 14/25/6
1190 WIEN